Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 442 Abendblatt. Sonnabend, den 21. September. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 20. September. Bei dem aufrichtigen Willen auch der liberalen Parteien des Reichstages (mit Ausnahme der „entschiedenen Charaktere"), die nationale Politik der Regierung zu unterstützen, ist nicht anzunehmen, daß die Adresse an den König, welche eingestandenermaßen fast mehr als eine Antwort auf die Badener als auf die preußische Thronrede zu betrachten ist, Annahme im Reichstage finden würde, wenn die Regierung derselben mit Nachdruck entgegenzutreten Veranlassung haben sollte. Schon die geschäftliche Behandlung der Adresse zeigt an, daß man auch die Frage der Opportunität mit Besonnenheit erwägen will, um nicht etwa den Zweck zu verfehlen. Bis jetzt fehlt aber jedes Anzeichen, daß die Regierung für oder gegen die Adresse entschiedene Stellung einnehmen werde und man kann daraus schon den Schluß ziehen, daß erhebliche prinzipielle Bedenken dagegen nicht vorhanden sind, wie andererseits die Behandlung des Gegenstandes in der Thronrede von einer Provokation zu öffentlichen Kundgebungen gewiß weit entfernt ist, von einem dahin gehenden Wunsche also nicht die Rede sein kann. Von den bedeutenderen deutschen Blättern sowohl wie von der ausländischen Presse, namentlich Englands, ist die in dieser Beziehung geübte Enthaltsamkeit mit großer Uebereinstimmung als den Verhältnissen am besten entsprechend und der jetzigen mächtigen Stellung Preußens würdig gerühmt worden. Daraus folgt jedoch nicht, daß man von der Nation und Volksvertretung im Auslande gleiche Zurückhaltung verlange, wie von der Regierung, und nicht allein in England, sondern selbst in Frankreich mehren sich in rascher Folge die Stimmen für die volle Berechtigung der deutschen Nation zum Drängen nach dem Einheitsziel. Selbst das „Journal des Débats" hat neuerdings wieder ohne irgend einen Vorbehalt der vollen deutschen Einigung in überzeugendster Weise das Wort geredet und damit meine frühere Hinweisung auf die Zweiseelen-Redaktion der „Débats" bestätigt. Eine Zusammenstellung der Débats-Artikel über die deutsche Frage namentlich seit der Salzburger Entrevue würde ein buntes Bild liefern.

Bei den Diskussionen über die deutsche Frage spielt die „Mainlinie" eine so hervorragende Rolle und die „Ueberschreitung der Mainlinie" wird unter so mannichfaltigen Auslegungen herausdeduzirt, daß man sich der Frage nach der thatsächlich begründeten Bedeutung dieses Wortes und Begriffes kaum enthalten kann. Eine authentische Interpretation liegt nicht vor und würde auch nichts nützen, weil ihre Anerkennung immer nur so weit erfolgen würde, als andere Interessen nicht entgegenstehen oder der Zwang reicht, erstere also entbehrlich ist. Die „Mainlinie" ist im Art. IV des Prager Friedens als Grenze für das Gebiet des norddeutschen Bundes angenommen worden, da aber in demselben Artikel auch die nationale Verbindung der südlich der Mainlinie gelegenen deutschen Staaten mit dem norddeutschen Bund ausdrücklich ohne irgend eine Beschränkung dieser Verbindung stipulirt ist, so ist die Ueberschreitung der Mainlinie doch schon im Friedensvertrag selbst als Voraussetzung aufgenommen, wenn man die Verbindung als Ueberschreitung der Linie bezeichnen will und die Ausführung der nationalen Verbindung nach irgend einer Richtung hin gehört zur Erfüllung des Vertrags, so lange sie unter beiderseitiger Verständigung, also ohne Zwang geschieht; den Vorwurf einer Vertragsverletzung kann man also mit der Ueberschreitung der Mainlinie an sich nicht verbinden. — Durch das Gesetz vom 11. März 1850 sind das polizeiliche Verordnungs- und Exekutionsrecht, wie überhaupt die Verhältnisse der Polizeiverwaltung geordnet; in den neuen Landestheilen haben sich die gesetzlichen Bestimmungen über die Kompetenz der Polizeibehörden als unvollständig und reformbedürftig erwiesen; es steht daher die Einführung des preußischen Gesetzes vom 11. März 1850 für die neuen Landestheile auf dem Verordnungswege bevor. — Die Organisationsmaßregeln, welche Gegenstand der Berathungen mit den Vertrauensmännern gewesen sind, werden ebenfalls baldigst zur Publikation gelangen, da die Erledigung der wichtigeren Regierungsgeschäfte auch während der Abwesenheit des Königs keine Unterbrechung erleidet.

Berlin, 20. September. Den badischen Kammern ist jetzt der mit Preußen abgeschlossene Schutz- und Trutzvertrag vom 6. August v. J. und zwar mit der folgenden Motivirung vorgelegt worden: Als die Großherzegliche Regierung unterm 4. Oktober v. J. Ihnen den Friedensvertrag zwischen Baden und Preußen vom 17. August v. J. vorlegte, war sie noch nicht im Stande, auch den gleichzeitig abgeschlossenen Allianzvertrag zwischen beiden Staaten zu Ihrer Kenntniß zu bringen. Der geheime Charakter dieses Vertrages legte ihr die Pflicht auf, jede darauf bezügliche Hinweisung zu vermeiden, so sehr sie gewünscht hätte, die Versicherung und den Beweis zu geben, daß dem von beiden Kammern geäußerten Verlangen nach einem Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen bereits thatsächlich entsprochen war. Die vorläufige Geheimhaltung dieses Vertragsschlusses war durch die allgemeine politische Lage, unter welcher er vollzogen wurde, geboten. Die Herstellung des Friedens war damals noch nicht vollkommen gesichert; mächtige Rivalen drohten, sich gespannt gegenüberzutreten, und wenngleich gerade diese Gefahr den engeren Anschluß Badens und ganz Süddeutschlands an Preußen und seine Verbündeten nur um so nothwendiger erscheinen ließ, so mußte doch auf das Sorgfältigste vermieden werden, den defensiven Zweck des Bündnisses zu kompromittiren und dem Wiederausbruch des Krieges irgend Anlaß und Vorwand zuzuführen. Die Gründe, welche bei der Auflösung des deutschen Bundes und nach dem Sieg der preußischen Waffen das sofortige Eingehen eines militärischen Bündnisses mit Norddeutschland für den Kriegsfall empfahlen, haben in Ihren vorjährigen Verhandlungen über den Friedensvertrag vollkommen Ausdruck gefunden. Dieselben lassen sich in Kürze dahin zusammenfassen, daß mit dem förmlichen Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland und nach dessen Entsagung jeder Betheiligung bei einer neuen Gestaltung Deutschlands Baden und die übrigen süddeutschen Staaten nur in der Verbindung mit ihren norddeutschen Stammesgenossen die Wahrung der nationalen Würde und Interessen und diejenige Sicherheit finden können, ohne welche die Entwickelung ihrer wirthschaftlichen Wohlfahrt und die Existenz ihrer innern staatlichen Institutionen nicht möglich ist. Da und so lange äußere Umstände einer innigeren organischen und verfassungsmäßigen Vereinigung der noch getrennten Theile Deutschlands sich entgegenstellen, ist dieselbe auf dem Weg und in der Form des internationalen Vertrags und zunächst für die Fragen zu suchen, für welche ein Zusammengehen der deutschen Staaten und Regierungen unbedingt und unaufschiebbar nothwendig ist. Es sind dieses die Sicherung der Integrität der durch die Ereignisse gezogenen nationalen Grenzen und die Festhaltung derselben für ein gemeinsames und ungetheiltes Zollgebiet. In der Erkenntniß dieser Verhältnisse und Bedürfnisse haben auch die anderen süddeutschen Staaten mit Preußen nicht nur Frieden, sondern auch Allianz geschlossen, und haben, wie Baden, zu einer Herstellung und Reorganisation des Zollvereins-Vertrages bereitwillig die Hand geboten. Die Allianz-Verträge Süddeutschlands mit Preußen und der Ihnen vorgelegte erneuerte Zollvereins-Vertrag erfüllen jene dringendsten Bedürfnisse und bieten zugleich den Boden für einen gedeihlichen und friedlichen weitern Ausbau gemeinsamer nationaler Institutionen. Die Allianz-Verträge zwischen dem Süden und Norden Deutschlands sind nichts Anderes als der Ausdruck einer allgemein in Deutschland erkannten innern Nothwendigkeit. Es liegt ihnen nichts ferner, als eine offensive oder aggressive Richtung; sie konstatiren das Bewußtsein der natürlichen Zusammengehörigkeit und den Willen, diese zu erhalten und zu schützen. Die Ueberlassung des Oberbefehls für den Kriegsfall an Se. Majestät den König von Preußen ist durch die überwiegende Größe und Macht des preußischen Staates und des unter seine Leitung getretenen norddeutschen Bundes bedingt und durch die bewährte Tüchtigkeit der dortigen militärischen Bildung und Einrichtungen gerechtfertigt. Auch unter dem vormaligen Bundesverhältniß waren die badischen Truppen einem höheren Befehl untergeordnet. Die Erfahrungen, welche über die Gefahren einer zersplitterten Kriegsleitung in neuester Zeit gemacht wurden, müssen für den Ernst des Krieges die einheitliche und ungeschwächte Aktion dringendst empfehlen. Die großherzogliche Regierung hat ihre Anschauungen und Grundsätze in Betreff der deutschen Politik in keiner Gelegenheit und nach keiner Seite hin verläugnet, sich vielmehr jederzeit zu dem Streben bekannt, nach Thunlichkeit und nach ihren Kräften an dem Einigungswerke Deutschlands zu schaffen. Wenn sie bezüglich der in dem Allianzvertrag mit Preußen sich offenbarenden Konsequenz dieser Richtung vorübergehend Schweigen beobachtete, so wich sie einem von der politischen Klugheit an die Hand gegebenen höheren Gebote.

— Es scheint sich zu bestätigen, daß die Könige von Würtemberg und Baiern dem Könige Wilhelm einen Besuch auf der Insel Mainau abstatten werden. — Baron Werther trifft in diesen Tagen auf der Rückreise nach Wien hier ein.

— Der „Staats-Anzeiger" enthält folgenden Allerhöchsten Erlaß, betreffend die Ueberweisung des vormals kurhessischen Staatsschatzes an den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Kassel: Mit Bezug auf die Verordnung vom 5. Juli d. J., betreffend die in den neu erworbenen Landestheilen vorhandenen, zum Staats-Eigenthum gehörigen Aktiv-Kapitalienfonds, bestimme Ich, daß die bisher bei dem kurhessischen Staatsschatz verwalteten Kapitalien zur Verwendung für folgende Zwecke: 1) Unterstützung des Chaussee- und Landwegebaues, 2) Unterhaltung der Land-Krankenanstalten und Landes-Hospitäler, Anlegung und Unterhaltung einer Irrenheilanstalt, 3) Anlegung und Unterhaltung einer Arbeitsanstalt zur Verbüßung der von den Polizei-Behörden verfügten Haft von Landstreichern, Bettlern und Arbeitsscheuen, 4) Bestreitung der Kosten der Landarmenpflege, einschließlich der Anlegung und Unterhaltung eines Landarmenhauses, 5) Unterhaltung und Ergänzung der Landesbibliotheken, sowie für ähnliche, im Wege der Gesetzgebung festzustellende Zwecke dem kommunalständischen Verbande des Regierungsbezirks Kassel als ein demselben gehöriges und von ihm zu verwaltendes Vermögen verwiesen werden soll.

— Die Tischrede des Hrn. v. Beust in Reichenberg giebt der „N. F. Pr." Anlaß zu folgenden schneidigen Bemerkungen: Der Reichskanzler gedenkt mit Bewunderung der Ergebung, Ausdauer und Opferwilligkeit, mit welcher das österreichische Volk die Lasten des Krieges und die noch schwereren des Friedens übernommen hat, und bricht in die Worte aus: „Was würde dieses Volk erst leisten, wenn das Unglück aufhört!" Ja wohl, was hätte dieses Volk bereits geleistet, wenn sich nicht das Unglück planmäßig an seine Fersen geheftet hätte, und wennn nicht jeder Monat seiner Geschichte durch eine furchtbare Enttäuschung bezeichnet gewesen wäre! Was wäre Oesterreich heute schon, wenn seine konstitutionelle Entwickelung nicht erst von gestern, sondern ununterbrochen von der Zeit datirte, wo die ersten Keime des Verfassungslebens schonungslos zertreten wurden! Noch sind keine zwei Jahre seit der jüngsten Sistirung der Verfassung verflossen, nnd wie viele Sistirungen waren dieser vorausgegangen! Wir mußten nicht nur unsere Freiheiten und Rechte verkümmern sehen, wir sahen nicht nur von Jahr zu Jahr die Staatsschuld und die Finanznoth wachsen, Handel und Verkehr darniederliegen, die Preise aller Lebensbedürfnisse zu schwindelnder Höhe steigen, wir mußten es auch erleben, daß unser Kriegswesen, dessen Ausbildung Alles geopfert ward, in der Stunde der Entscheidung sich nicht bewährte. Ja, Herr v. Beust, wir haben viel gelitten und geduldet, wir haben viel gehofft und sind grausam getäuscht worden, und wenn wir verzweifeln wollten, wir hätten ein Recht dazu gehabt, denn das Unglück, das uns seit einer Reihe von Jahren in allen Gestalten heimgesucht, war nicht von jenen, das, wie Sie sagen, „ohne die Menschen kommt", und wenn Sie heute den Pessimismus tadeln, so handeln Sie wie ein Arzt, der den Patienten daraus einen Vorwurf macht, daß er nicht gesund geblieben. Sie verlangen, daß wir aufhören zu zweifeln und zu verzweifeln. Sie fordern Vertrauen und versichern, daß an dem freiheitlichen Ausbau der Verfassung emsig fortgearbeitet werde; Sie wollen nicht gedrängt sein und halten eine Beeilung „über Hals und Kopf" für bedenklich. Nun wahrhaftig, das Volk von Oesterreich ist nicht so verzweifelt und pessimistisch, als Sie voraussetzen, aber es ist gewitzigt und verlangt vollwichtige Bürgschaften für die Zukunft. Sie verweisen auf den Fortschritt zum Besseren, welcher bereits eingetreten ist, und Niemand in Oesterreich bezweifelt die Redlichkeit Ihres Wollens, aber die Bürgschaften, die wir dafür verlangen, daß die kaum wiederbegonnene Verfassungsarbeit keine neue Unterbrechung erfahre, und daß wir nicht wieder zurückgeworfen werden in das alte Elend, haben Sie uns noch nicht zu geben vermocht. Das Vertrauen, die Hoffnung, die Freude an der Arbeit und am Schaffen wird aber erst dann wiederkehren im österreichischen Volke, wenn Sie auf Ihrer Wanderung zum Bergesgipfel mit dem Athemschöpfen weniger Zeit verlieren und die „abschüssige Stelle" glücklich passirt haben werden, deren Sie neulich zu Brünn leider in wenig Hoffnung erregender Weise gedacht haben.

— Wie bereits gestern gemeldet, fand gestern Abend eine Versammlung der Fraktion der Konservativen statt, um über den Antrag der National-Liberalen auf Erlaß einer Adresse an Se. Majestät den König zu berathen. Der Versammlung wurde zunächst der Entwurf zu einer anderen Adresse mit dem Antrage vorgelegt, diesen bei dem Reichstage einzureichen und seine Annahme bei dem Plenum zu beantragen. Der Entwurf war, wie wir hören, im Großen und Ganzen dem Inhalte des Entwurfs der National-Liberalen angepaßt und zwar ging derselbe sogar so weit, daß er einzelne Sätze jener Adresse wörtlich aufgenommen hatte; dagegen war dem Alinea 3, welches von der Einheit des gesammten Deutschlands handelte, eine mildere und dem Alinea 6 bis 8, welche von der auswärtigen Politik handeln, eine schärfere Fassung gegeben. Nach längerer Diskussion erklärte sich, wie wir hören, die Fraktion einstimmig dahin, daß, wenn man eine Adresse an Se. Majestät richten wolle, sie nur diesem Entwurfe ihre Zustimmung geben werde. In der Majorität fand ferner die Ansicht Ausdruck, daß die Fraktion durch Annahme dieses Entwurfes schon bis an die äußerste Grenze derjenigen Konzessionen gegangen sei, welche sie von ihrem Parteistandpunkte aus den anderen Fraktionen machen könne und daß jedes Verlangen nach weiteren Konzessionen in den Grenzen der Unmöglichkeit liege. — Der Entwurf ist, nachdem er zum Beschluß erhoben wurde, sofort der gleichfalls über denselben Gegenstand in Berathung getretenen Fraktion der Frei-Konservativen übergeben worden, welche denselben sofort einer eingehenden lebhaften Besprechung unterzogen hat. Wenngleich diese Fraktion im Anfange sich entschieden gegen eine Adresse ausgesprochen hatte, so beschloß dieselbe dennoch, wie wir hören, mit Rücksicht auf die beiden vorliegenden Entwürfe und um nicht eine stunden- ja vielleicht tagelange Diskussion des Hauses resultatlos verlaufen zu lassen, eine vermittelnde Stellung in dieser Frage einzunehmen und eine Vereinigung der beiden größten Fraktionen des Reichstages herbeizuführen. Es wurde zu diesem Behufe eine Deputation, bestehend aus den Abgg. Graf Bethusy-Huc und Dr. Aegidi gewählt, welche die Verhandlungen leiten sollten. — Heute Vormittag haben nun zunächst die beiden Referenten für die Schlußberathung im Plenum, die Herren Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode und Ober-Gerichts-Rath Planck Besprechungen über die beiden Adreß-Entwürfe gehalten, worauf der letztere sofort mit den namhaftesten Mitgliedern der National-Liberalen konferirt hat. In gleicher Weise haben die Deputirten der Frei-Konservativen mit den Fraktionsführern der beiden Fraktionen verhandelt. Am Nachmittag sollte eine nochmalige Besprechung der beiden Referenten stattfinden. Für den Fall, daß die erwartete Einigung nicht zu Stande kommen sollte, wird, wie wir hören, heut Abend nochmals eine Besprechung der Frei-Konservativen unter Heranziehnng von Mitgliedern der Konservativen und der National-Liberalen stattfinden, welche voraussichtlich einen dritten Adreß-Entwurf zur Folge haben dürfte. Als Unterzeichner dieses Entwurfs dürften jedoch nicht nicht die Frei-Konservativen allein fungiren, sondern, da die Natur desselben eine vermittelnde sein soll, so würde diese Fraktion, um jeden Vorwurf, als ob sie nur deshalb den Antrag einbringe, damit ihr die Urheberschaft zugeschrieben werden könne, fern zu halten, zu den Unterzeichnern Mitglieder aller 3 Fraktionen heran ziehen. — In den Fraktionen der Fortschrittspartei, der freien parlamentarischen Vereinigung und der bundesstaatlich-konstitutionellen (Partikularisten) hält man übrigens an der Absicht fest, gegen jede Adresse zu stimmen. — Nach dieser Sachlage scheint es schon jetzt festzustehen, daß die nächste Sitzung des Hauses, in welcher über die Adresse berathen werden soll, vor Mittwoch nicht stattfinden wird.

— Die Fraktion der Partikularisten hat sich nunmehr unter demselben Namen, den sie bereits in der vorigen Reichstagssession angenommen hatte, als „bundesstaatlich-konstitutionelle Fraktion" konstituirt. Es sind derselben, wie wir hören, bis jetzt 15 Mitglieder beigetreten. Heut Abend wird die Fraktion wieder in Berathung treten und wahrscheinlich ihren Vorstand wählen.

— In der Fraktion der National-Liberalen ist man jetzt an die Berathung des Budgets herangetreten und hat zunächst die

Vertheilung der einzelnen Referate (für die Fraktion) vorgenommen. Hierzu hat man zunächst vier General-Referenten in der Person der Herren v. Forckenbeck, Twesten, Stephani und v. Hennig ernannt. Sodann hat man das Budget in sechs Gruppen, vier für die Ausgaben und zwei für die Einnahmen, getheilt und für jede Gruppe einen Referenten und einen Korreferenten ernannt. Für die erste Gruppe (Bundesorgane und Reichstag) sind die Herren Planck und Forkei, für die zweite (Konsulatswesen) die Herren Kanngießer und v. Melle, für die dritte (Militärverwaltung) die Herren Stavenhagen (Halle) und v. Forckenbeck, für die vierte (Marinewesen) die Herren Russel und Twesten, für die fünfte (Post-, Zeitungs- und Telegraphenwesen) die Heeren Dr. v. Bunsen und Meier (Thorn) und für die sechste (Zollwesen und Verbrauchssteuern) die Herren Dr. Braun (Wiesbaden) und Grumbrecht ernannt. Ferner sind zu Referenten für die Aversionalsachen die Herren Roß (Hamburg), Dr. Prosch (Mecklenburg) und Krieger (Posen) ernannt. — In der Fraktion ist man der Ansicht, daß der Etat sehr viel Nachfragen Seitens der Reichstags-Mitglieder und Erklärungen Seitens der Bundes-Kommissare erfordern wird, weil derselbe nichts als ein Zahlengerippe enthält. Es gehe z. B. aus demselben nichts über die Stellung der Bundesbeamten hervor, es fehle die Bestimmung über den Entlastungsmodus, es sei nichts darüber enthalten, in welcher Form die Abstimmung erfolgen solle, ob über die Haupt- oder über die Spezial-Etats abgestimmt werden solle u. s. w. Dies Alles werde man erst durch Hin- und Herfragen zu erfahren suchen müssen.

— Die Fraktion der Fortschrittspartei geht damit um, mehrere volkswirthschaftliche Gesetze, unter Andern in Betreff der Gewerbefreiheit und der Aufhebung des Koalitions-Verbotes, einzubringen.

— Bei der heute im ersten Berliner Wahlkreise stattgehabten Nachwahl für den norddeutschen Reichstag wurden 7942 Stimmen abgegeben; davon erhielten der Kandidat der Fortschrittspartei Stadtrath Hagen 5582 Stimmen, der Kandidat der Konservativen Minister a. D. v. Patow 1643 Stimmen, der Kandidat der National-Liberalen Assessor Jung 644 Stimmen; es zersplitterten sich 73 Stimmen. Herr Hagen ist somit mit großer Majorität gewählt.

Namslau, 20. September. Im Namslau-Brieger Wahlkreis wurde Freiherr v. Vincke-Olbendorf gegen Baron v. Sauerma-Sterzendorf gewählt.

Burg, 19. September. Hier ist ein Individuum ergriffen worden, welches den wiederholten Versuch machte, gefälschte Zins-Coupons in Appoints von 2 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Aktien auszugeben. In seiner Behausung fand man bei der polizeilichen Nachsuchung noch für etwa 1100 Thlr. dieser Falsifikate; auch wurden daselbst Stempelformen und andere bezügliche Geräthschaften gefunden und in Beschlag genommen. Der Fälscher ist ein schon desselben Verbrechens wegen bestrafter Mensch.

Ratzeburg, 18. September. Der telegraphisch bereits gemeldete Beschluß des Landtages wegen Realunion mit Preußen lautet nach dem „H. C." dahin: „da es für die Landesvertretung bedenklich erscheinen müsse, wegen Veränderung der bestehenden verfassungsmäßigen Stellung des Landes der Staats-Regierung gegenüber die Initiative zu ergreifen, während sie etwaige Vorlagen der Regierung, welche eine Verfassungsveränderung bezwecken, einer näheren Erwägung zu unterziehen bereit sein werde, über den vorliegenden Antrag zur Tagesordnung überzugehen."

Baden. Unter anderen Gesetzvorlagen, welche dem Landtage gemacht worden sind, befindet sich auch eine solche über Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. Hiernach werden die Studirenden der beiden Universitäten Heidelberg und Freiburg nur noch in Disziplinarsachen einen besonderen Gerichtsstand haben und im Uebrigen den gewöhnlichen bürgerlichen Gerichten unterworfen werden. Unter die Disziplinarsachen fallen auch Ehrenkränkungen unter Studirenden, so wie Duelle, die auf gewöhnliche Schläger vollzogen sind, im Falle sie keine Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit über 14 Tage zur Folge gehabt haben. Auch die privilegirten Gesetze über das Kontrahiren von Schulden Seitens des Studirenden sollen fortan aufhören.

München, 19. September. Der „A. A. Ztg." schreibt man: Kürzlich hat Se. Maj. der König die Insignien seines Hausordens vom heil. Hubertus in Brillanten an den kaiserlichen Prinzen von Frankreich abgesendet. Die Verleihung dieses Ordens hatte der König schon bei seinem Aufenthalt in Paris angekündigt.

Ausland.

Wien, 16. September. In der heutigen Ausschußsitzung der Gemeindevertretung in Baden wurde folgende Adresse an das Abgeordnetenhaus wegen gänzlicher Beseitigung des Konkordates nahezu einstimmig angenommen: Hohes Haus der Abgeordneten des Reichsrathes! Indem die unterzeichnete Gemeindevertretung der Stadt Baden in Niederösterreich diese Adresse in der Konkordats-Angelegenheit an das hohe Abgeordnetenhaus richtet, glaubt sie nicht erst mit vielen Worten einleitend erörtern und beweisen zu müssen, wie verhängnißvoll dieser zugleich so wichtige Hoheitsrechte des Staates verletzende Akt vom Anfange an nach allen Richtungen gewesen und geworden ist, und welche Nachtheile durch denselben über das Reich gebracht wurden, welches man in Folge desselben, zu seinem unberechenbaren Schaden, einfach den aller freiheitlichen Entwicklung unfähigen „Konkordatsstaat" nannte. Es wird genügen, dies Alles nur anzudeuten, und wir schließen uns — in Erkenntniß und Geltendmachung unserer Bürgerpflicht — einem unlängst gefaßten Beschlusse der Gemeindevertretung der Haupt- und Residenzstadt an und stimmen mit dem Wortlaute der diesfälligen Adresse derselben vollständig überein. Die Gemeindevertretung der Stadt Baden erlaubt sich hiermit — um das Ihre zur Widerlegung der Behauptung beizutragen, als wäre das Konkordat von der öffentlichen Meinung in Oesterreich gebilligt — dem hohen Abgeordnetenhause die Bitte zu unterbreiten: „Das hohe Haus möge dahin wirken, daß im allgemeinen Interesse des Reiches die gänzliche Beseitigung des Konkordates schleunigst durchgeführt und besonders auch die so nothwendige Reform der Volksschule dadurch ermöglicht und ehestens eingeleitet werde."

— Nachrichten aus Ungarn zufolge, dauern dort die Pferdeeinkäufe für Rechnung der französischen Regierung ununterbrochen fort.

Florenz, 16. September. Garibaldi ist in der Nacht vom 12. zum 13. aus Genf hier eingetroffen, sehr verstimmt, wie es heißt, über die Erfahrungen, die er auf seiner letzten Reise zu machen Gelegenheit hatte. Hie und da wird behauptet, daß Garibaldi sich nunmehr an die römische Grenze begeben werde, wo mancherlei Anzeichen auf eine nahe bevorstehende Freischaaren-Bewegung schließen lassen. Die Regierung hat jedoch so treffliche Maßregeln zur Ueberwachung der Grenze getroffen, daß sie wegen Aufrechthaltung der September-Konvention ganz unbesorgt sein kann. Vor etwa drei Monaten konnten die Ueberwachungs-Maßregeln vielleicht unzureichend erscheinen; aber jetzt ist dies anders geworden und es würde in der That tollkühne Verwegenheit sein, wenn Garibaldi es versuchen wollte, jenen Maßregeln zu trotzen.

Madrid, 16. September. An einzelnen Punkten des Königreichs Spanien, namentlich in Navarra, haben sich bereits bei dem Beginn des Aufstandes freiwillige Abtheilungen zur Bekämpfung der Insurgenten gebildet, welche auch in Zukunft fortbestehen und laut ministerieller Anordnung den Namen: „Freiwillige für Isabella II.", führen sollen. Jeder in diese Freikorps eintretende Freiwillige verpflichtet sich zu einem viermonatlichen Dienst und die Behörden bemühen sich, die neue Institution populär zu machen, indem sie darauf hinweisen, welch angenehme Versorgung bei der gegenwärtigen erwerbslosen Zeit durch den Eintritt in die mehrgenannten Freiwilligenkorps geboten werde.

Pommern.

Stettin, 21. September. Wie unseren Lesern aus den betreffenden Stadtverordnetensitzungs-Berichten bekannt ist, lag es in der Absicht der städtischen Behörden, zur demnächstigen Deckung des durch die Ermäßigung der Hafenabgaben auf die Hälfte des gegenwärtigen Satzes für die Kämmereikasse entstehenden Ausfalles, eine Erhöhung der Personal-Kommunalsteuer um 50 pCt. (von 20 Sgr. pro Portion auf 1 Thlr.) eintreten zu lassen. Wir hören nun, daß neuere Erwägungen im Magistrats-Kollegium zu der Ueberzeugung geführt haben, daß jene Erhöhung den entstehenden Ausfall keineswegs deckt und es zur Vermeidung eines event. städtischen Defizits geboten erscheint, noch eine umfassendere Besteuerung der städtischen Einwohner eintreten zu lassen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist nun, wie es heißt, hier (wie in Berlin) die Einführung einer Miethssteuer in Aussicht genommen. Bindende Beschlüsse in dieser Beziehung sind allerdings noch in keiner Weise gefaßt.

— In der verflossenen Nacht wurden sämmtiche auf der Hofstelle des Bauern Hell in Clebow, Kreis Greifenhagen, befindlichen Gebäude ein Raub der Flammen. Wie das Feuer entstanden, ist bisher nicht ermittelt.

— Am 17. d. M. wurde die unverehelichte Borchardt aus Cronheide wegen Veruntreuung von Milch aus dem Dienste des Gutsbesitzers Runge auf Güstow entlassen. Kurz nach ihrer Entfernung vermißte man aus der Leutestube ein Unterbett und die in der jetzigen Schlafstelle der B. zu Grabow a. O. angestellte polizeiliche Recherche ergab, daß das Mädchen, ungeachtet sie den Besitz des Bettstückes bestritt, dasselbe dennoch gestohlen und ihrer Wirthin in Aufbewahrung gegeben hatte.

Vermischtes.

— (Schutzmittel gegen die Cholera.) Die „Hildesh. Ztg." veröffentlicht folgende Zuschrift eines Arztes: Wenn gegen die ausgebildete Cholera bislang ein zuverlässiges Heilmittel nicht entdeckt ist, wenn selbst das beste antimiasmatische Mittel, das Chlorwasser, deshalb im letzten Stadium dieser Krankheit häufig sich unwirksam erweisen mußte, weil der Krankheitsprozeß zu rasch ist, und dieses herrliche Mittel rasch genug nicht durch den ganzen Darmkanal hindurch gelangen kann, um das Cholera-Miasma zu vertilgen, so ist dagegen im Beginne dieser Krankheit von diesem Heilmittel entschieden Hülfe zu erwarten. Schreiber dieser Zeilen hat erst gestern an sich selbst die schnelle Wirkung dieses Medikamentes erfahren, als er, zu einem im letzten Stadium der Cholera darnieder liegenden Kranken gerufen, sofort selbst alle Vorboten dieser Krankheit empfand und sehr krank darniederlag. Da zur Vernichtung von Miasmen (giftige Schimmelpilze) kein besseres Mittel vorhanden ist, als Chlor, so ist kein Grund vorhanden, daß dasselbe nicht auch die durch den Mund auf die Schleimhaut des Mundes, Magens und Darmcanals gelangenden Miasmen vernichten sollte. Die Praxis lehrt, daß die Theorie richtig ist. So wie bei Diphterie und Scharlachbräune dieses Mittel von entschiedener Wirkung ist, so hat es sich bei mir auch gestern als Heilmittel gegen beginnende Cholera erwiesen; denn schon wenige Minuten nachdem ich einen Löffel voll Chlorwasser eingenommen hatte, verminderten sich alle Beschwerden, und alsbald trat ein allgemeiner Schweiß ein, welcher 18 Stunden anhielt. Wohl bin ich etwas matt, aber doch Konvalescent. — Was die Anwendung des Mittels anlangt, so empfehle ich 2 Loth Chlorwasser mit 1 Loth destillirtem Wasser gemischt, und lasse davon 3 Mal täglich, je nach dem Alter, einen bis zwei Theelöffel voll einnehmen. Wasser darf nicht nachgetrunken werden, weil die Kraft sonst vermindert wird. Den Krankenwärtern und Hausgenossen von Cholerakranken empfehle ich, von dem genannten Mittel Morgens, Mittags und Abends einen Theelöffel voll zu nehmen, weil es ohne Zweifel das beste Schutzmittel ist, wie es sich auch als Schutzmittel gegen die ansteckende Dyphterie bewährt hat. Das Chlorwasser ist ein durchaus unschädliches Medikament, welches, von Gesunden genommen, wohl den Appetit vermehrt, aber keinerlei Nachtheile bringt; es kann also viel nützen, aber keinenfalls schaden. Dr. med. Dyes, Oberstabsarzt."

— Am vorletzten Donnerstag hat bekanntlich Berlin seit langer Zeit wieder einmal Glück in der Lotterie gehabt, indem hierher ein Hauptgewinn von 15,000 Thlr. gefallen. Kaum hatten die beiden Waisenknaben die Nummer und den Gewinn gezogen und der Ausruf war kaum erfolgt, als eine Stimme aus der Zuhörermenge sich vernehmen ließ: „Gott der Gerechte mein Loos." Aller Blicke wandten sich auf den glücklichen Spieler, der sich hierdurch der Art geschmeichelt fühlte, daß er immer lauter und lauter rief: „Es ist mein Loos, ich habe 15,000 Thlr. gewonnen." Eine laute Freude ist nun aber in den Hallen der preußischen Fortuna nicht gestattet, es trat daher der diensthabende Schutzmann an den Schreier heran und forderte ihn auf, sich ruhig zu verhalten, da kam er aber dem Manne mit dem vielen Gelde gerade Recht. „Was, ich soll ruhig sein, werd' ich doch laut sagen können, ich habe gewonnen 15,000 Thlr.", so wollte höchst wahrscheinlich der Ruhestörer sagen, es gelang ihm aber nicht, seine Rede im Saale zu beenden, denn mitten in derselben fühlte er sich beim Kragen gepackt und war im Nu auf den Flur gesetzt. So geht man im Lotteriegebäude selbst mit den Glücklichen um! (Post.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 20. September. Die Naturforscher-Versammlung hat für das Jahr 1868 Dresden zu ihrem Versammlungsort auserlesen und zu Geschäftsführern die Herren Carus und Weinlich bestimmt.

Schwerin, 20. September, Mittags. Bei der Nachwahl im ersten Wahlkreise wurde Advokat Wachenhusen (Boitzenburg) definitiv für den Reichstag gewählt.

Dresden, 20. September. (Priv.-Dep. d. Berl. B.-Z.) Herr v. Beust und der österreichische Geschäftsträger von Pfusterschmid-Hartenstein sind mit Gemahlinnen gestern in Pillnitz zur Königlichen Tafel geladen.

Der Kronprinz empfing Herrn von Beust heute Mittag gestern Vormittag wurde derselbe vom Prinzen Georg empfangen.

Karlsruhe, 20. September, Abends. Die Adresse der Deputirtenkammer wurde heute dem Großherzoge durch eine Deputation überreicht. Der Großherzog sprach derselben seinen Dank und seine Freude aus, daß sowohl in den Fragen der inneren Verwaltung, wie in der nationalen Frage die Anschauungen der Kammer sich in Uebereinstimmung mit denjenigen der Thronrede befänden. Insbesondere gereiche es ihm zu großer Befriedigung, daß er sich mit der Volksvertretung einig wisse in dem Anstreben des großen nationalen Zieles, dessen Erreichung zwar mit großen Opfern für das Land verbunden sein werde; doch seien die Opfer um so lohnender, als dieselben für die langgehegten höchsten Wünsche der Nation in Betreff seiner gesicherten Stellung nach Außen und freier Entwickelung im Innern eingesetzt würden. Wie man auf ihn vertrauen dürfe, daß er festhalten werde an dem vorgesteckten Ziele, so vertraue auch er auf die Unterstützung seines getreuen Volkes.

Karlsruhe, 20. September, Abends. Der Erzbischof von Freiburg hat gegen eine Ministerialverordnung protestirt, welche für die Ausführung des Kirchengesetzes erlassen war, und den protestantischen wie den katholischen Theologen eine Staatsprüfung über ihre allgemeine wissenschaftliche Vorbildung auferlegt hatte. Der Erzbischof hat gleichzeitig den katholischen Theologen untersagt, sich dieser Prüfung zu unterziehen. Ein Artikel der heutigen „Karlsr. Ztg." kündigt an, daß die Regierung für die strengste Durchführung der Verordnung Sorge tragen werde.

München, 20. September, Nachmittags. Die „Baierische Zeitung" enthält die Ernennung des bisherigen Kabinets-Chefs Lutz zum Staatsrath und Justizminister; derselbe wird sein Amt am 1. Oktober antreten. — Es ist angeordnet, daß die Veröffentlichungen über die Führung der Handelsregister, welche bisher von der „Baierischen Zeitung" gebracht wurden, vom 1. Oktober an durch die „Süddeutsche Presse" geschehen sollen. — Der österreichische Botschafter am französischen Hofe, Fürst Metternich, hat sich von hier nach Böhmen begeben.

London, 20. September, Nachmittags. Nach Berichten aus Newyork, welche per Dampfer „Cuba" eingetroffen sind, hat Admiral Tegethoff, welcher am 26. August in Vera-Cruz angelangt war, die Leiche des Kaisers Maximilian daselbst nicht vorgefunden. Die Angabe, daß dieselbe verstümmelt worden sei, wird entschieden in Abrede gestellt. Die in Queretaro gefangenen Kaiserlichen Generale sind jetzt begnadigt worden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 21. September. Delegirte der Fraktionen des Centrums, der Konservativen, der Freikonservativen und der National-Liberalen haben gestern Abend einen neuen Adreßentwurf vereinbart, welchen die Fraktionen heute berathen. Man hofft auf ihre Zustimmung.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. September. Witterung: schön, Temperatur + 18° R. Wind: S.

An der Börse.

Weizen behauptet, loco per 2125 Pfd. gelber 84—98 Rt. bez., weißer 100 Rt. bez., 83—85pfd. September-Oktober 91, $91\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Oktober-November 88 Rt. nom., Frühjahr $85\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 68—71 Rt. bez., 82pfd. 72 Rt. bez., September-Oktober $66\frac{1}{2}$, 67, $67\frac{1}{2}$ Rt. bez., Oktober-November $65\frac{1}{2}$ Rt. Br., 65 Gd., Frühjahr $59\frac{3}{4}$, $60\frac{1}{4}$, $60\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Rappkuchen September-November $1\frac{11}{12}$ Rt. bez.

Gerste loco 70pfd. Oderbruch 46—47 Rt. bez., schles. 48—50 Rt. bez., mährische 50—$51\frac{1}{2}$ Rt. bez., extra feine 53 Rt. bez., Frühj. 69—70pfd. schles. $48\frac{1}{2}$ Rt. Br., 48 Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 32—33 Rt. bez., Sept.-Oktbr 47—50pfd. $32\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühj. 32 Rt. bez.

Petroleum loco $7\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Erbsen loco 63—69 Rt. bez.

Rüböl matt, loco $11\frac{1}{2}$ Rt. Br., September-Oktober $11\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ Rt. bez. und Br., Oktober-November $11\frac{1}{4}$ Rt. Br., Dezember-Januar $11\frac{5}{12}$ Rt. bez., April-Mai $11\frac{7}{12}$ Rt. bez. u. Gd.

Spiritus höher, loco ohne Faß $22\frac{1}{3}$, $\frac{5}{12}$ Rt. bez, mit Faß $22\frac{1}{12}$ Rt. bez, September 22 Rt. Gd., September-Oktober $21\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br., Frühjahr $18\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br.

Angemeldet: 1000 Ctr. Rüböl.

Regulirungspreise: Weizen 97, Roggen 70, Rüböl $11\frac{1}{6}$, Spiritus 22.

Landmarkt.

Weizen 90—98 Rt., Roggen 66—70 Rt., Gerste 40—50 Rt., Erbsen 64—70 Rt. per 25 Schffl., Hafer 32—34 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 20 bis 25 Sgr.

Breslau, 20. September. Spiritus per 8000 Tralles 21. Weizen pr. September 81. Roggen pr. September 62, per Herbst $57\frac{1}{4}$. Rüböl pr. September $10\frac{5}{6}$, pr. Herbst $10\frac{5}{6}$. Raps pr. September 93. Zink höher.

Hamburg, 20. September. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine weichend, per September 5400 Pfd. netto 162 Br., 161 Gd., pr. Herbst 153 Br., $152\frac{1}{2}$ Gd. Roggen loco und Termine schwach behauptet, pr. September 5000 Pfd. Brutto 115 Br., 114 Gd., per Herbst $111\frac{1}{2}$ Br., 111 Gd. Hafer sehr stille. Spiritus ohne alle Kauflust, zu $31\frac{3}{4}$ angeboten. Oel matt, loco $24\frac{1}{8}$, per Oktober $24\frac{1}{8}$, per Mai $25\frac{1}{8}$. Kaffee ruhig Zink schwächer, 3500 Ctr. loco und Oktober-November 14 Mk. 5 Sch.

Amsterdam, 20. September. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco $3\frac{1}{2}$ fl. niedriger, auf Termine fest. Raps per Oktober $72\frac{1}{2}$, pr. April $75\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Oktober-Dezember $38\frac{1}{2}$, pr. Mai $40\frac{1}{2}$.

London, 20. September. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer und fremder Weizen zu Monatspreisen verkauft, in letzterem gutes Geschäft. Mahlgerste zu vollen Preisen gefragt. In Hafer bedeutender Umsatz zu Montagspreisen. — Sehr schönes Wetter.